

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- 1932. Ein Jahrgang 24,-. Bei Vorbestellung 1,80 RM. Inländische Belegstellen, Abbestellungen und Geschäftsbesprechungen werden nach Möglichkeit entgegen genommen. Im Krieg oder sonstigen Notfällen höherer Gewalt, Nachlieferungen besteht kein Anspruch auf Vorrat der Zeitung oder Rückgang des Bezugspreises. — Abänderung eingetragener Geschäftsbedingungen erfolgt nur, wenn diese befristet.

Wilsdruffer Tagesblatt Nr. 6
Kernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6
Anzeigenpreise: die Spaltenbreite 20 Zeilen, die Spaltenhöhe 20 Zeilen, die Spaltenbreite 20 Zeilen, die Spaltenhöhe 20 Zeilen. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark. Die Spaltenbreite 20 Zeilen, die Spaltenhöhe 20 Zeilen. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark. Die Spaltenbreite 20 Zeilen, die Spaltenhöhe 20 Zeilen. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 31 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 6. Februar 1932

Bernebeller Krieg.

Weiße Mäuse und Delirium antigermanicum — Nebenwirkungen — Wirkung der „Grünen Woche“ — Rings um die Präsidentenwahl.

Nicht nur geographisch ist Genf fast ganz von französischem Gebiet umschlossen — Genf ist jetzt, trotz oder vielmehr wegen des Völkervertrages, wohl die französischste Stadt der Schweiz. Und heute ist es Genf mehr noch als sonst auch, wenn sich die Vertreter von mehr als fünfzig Staaten in der Stadt an der Rhone und dem Genfer See versammeln. Auch wenn die Schar dieser Delegierten die Kopfzahl eines kriegesfarbenen Regiments erreicht. Auch wenn der Ehrenvorsitzende dieser Abrüstungskonferenz der Schweizer Rotta, der Präsident Englands früherer Außenminister Henderson ist — die Seele vom Völkervertrag, wie der Berliner sagen würde, zum mindesten der Treibstoff in dieser Konferenzmaschine ist doch der französische Kriegsminister Tardieu im Verein mit dem völkervertrags-erfahrenen, konferenz-sichigen Paul-Boncour, im Hintergrund der Oberst Jäbro, Frankreichs ausgezeichnetster militärischer Sachverständiger mit dem antideutschen „Tid“. Wie andere Leute „wie die Mäuse“ sehen, so tanzen vor Jäbro's Augen immer die heimlich-unheimlichen deutschen Küstungen herum. Er hat das Delirium antigermanicum. Und für die französische Delegation gilt als Richtschnur ihres Handelns und Verhandlungsnaturals nur das, was in der französischen Note vom 21. Juli als „Abrüstungsprogramm“ für die damals erst allmählich herantretende Konferenz aufgestellt worden war. Da blieb es zwar formell an zweiter, tatsächlich aber an erster Stelle: Die Küstungen dürfen nicht unter die Augen herabgesehen werden, die für die nationale Sicherheit notwendig ist. Ob und wo diese Grenze zu ziehen bestimmt natürlich jeder Staat allein! Das heißt: Scharfe Ablehnung einer einseitigen, allgemeinen Abrüstung. Außerdem solle jeder Staat genügend stark bewaffnet sein und bleiben, um sich nach vor Eingreifen des Völkervertrages gegen einen unprovokierten Angriff schützen zu können. Wir haben es ja in der mandchurischen wie in der Schanghaier-Affäre erlebt, mit welcher geradezu windhundhaften Schnelligkeit die Völkervertragsdelegationen eingegriffen haben. Auch dieser zweite Satz erledigt also jegliche Forderung nach einer allgemeinen Abrüstung. Und wenn man schließlich noch an dem dritten Teil seiner Note erinnert, wonach die Abrüstungsbestimmungen der Pariser Vorverträge von 1919 nicht um einen einzigen Nuchstaben verändert werden sollen, aus frühestens auch fünfzig in Geltung bleiben müssen — wenn man an das Verhalten in dem vierten Teil denkt, daß ein politisches „Sicherheitsystem“ durch Vereinbarung allseitiger und wirksamer Unterabstützung geschaffen werden soll, dann hat man ungefähr die Ziele und Richtlinien der französischen „Abrüstungs“politik in Genf klargestellt.

Daß sich bekanntlich die Weltgeschichte allerhand teils groteske, teils geschmacklose Dinge zu machen erlaubt — nur schimmer hinter mancher derartigen Groteske oft ein wenig höherer Schein —, daß ein solcher Witz sich in dem gleichzeitigen Gegenüberstehen der Abrüstungskonferenz und des chinesisch-japanischen „Konflikt“ ausdrückt, hat aber geradezu unerträglich gewirkt. Auch wenn sich der Witz an diesen Konflikt heranwagt und ihn treffend als einen „bernebellten Krieg“ bezeichnet. Die Angriffe auf Schanghai und die Forts am Jangtse, auf Kanton und morgen vielleicht schon auf andere Orte, die von den Schiffsstationen oder Bombenflugzeugen „erreichbar“ sind — Japan verfügt über 1000 Flugzeuge —, kann man in der Hauptsache wohl als militärische „Diversions“, als Nebenwirkungen ansehen und bezeichnen. Der Hauptangriff hat der Manchuerei gegolten und daher lassen die Japaner in allen jenen „Nebenpunkten“ mit sich reden entsprechend den Forderungen Amerikas und der europäischen Großmächte — aber daß diese sich in die mandchurische Frage einmischen, will Japan nicht dulden; denn sie ist für das japanische Volk und seine Regierung gar keine „Frage“ mehr. Dieses weite, an Naturräuhen überreiche Gebiet soll dem menschenüberfüllten, armen Japan ein „Kolonialland“ werden. Die Japaner haben sich seit zwei Jahrzehnten systematisch hineingeschoben, bis die Mandchurei jetzt als reife Frucht abgepflückt wurde.

Aber selbst wenn die allgemeine Abrüstung durchzuführen wäre und der Kriegsgott wirklich toteschlagen würde, so ist damit der Krieg doch noch nicht „abgeschafft“, wie unsere Bundesbrüder im Donauland sagen, also aus der Welt „per Schub“ hinausgeschoben. Denn der Weltkrieg ist ein Krieg, der ja kaum weniger Opfer als der Krieg mit Annonen, Bomben und Giftgas. Jener Krieg soll aber heute auf dem ganzen Erdball und jedes Volk wehrt sich seiner Haut, weil es auch hier um Leben und Sterben geht. Und wenn jetzt in der Berliner „Grünen Woche“ gefragt wird, welche riesige Wirtschaftswerte unsere Landwirtschaft erzeugt, wie aber diese Erzeugung noch gewaltig ausgedehnt werden könnte, dann geht allmählich auch den vielen Zehntausenden städtischer Besucher dieser Ausstellung sehr bald auf, was in dem Wirtschaftsleben, den auch Deutschland um Leben und Sterben führen

Französischer Vorstoß in Genf

Auf in den Kampf!

Der Kanzler reißt nach Genf.

Der Reichskanzler fährt am Sonnabend abend nach Genf. In seiner Begleitung befinden sich Staatssekretär von Bülow, Ministerialdirektor Jochim und Oberregierungsrat Pland. Die Reihenfolge der am Montag beginnenden grundsätzlichen Erklärungen der Großmächte über die Abrüstungsfrage ist jetzt endlich festgelegt worden. Die französische Abordnung hat erreicht, daß Tardieu seine Erklärung am Montag unmittelbar nach dem englischen Außenminister abgeben wird. Dr. Brüning wird voraussichtlich am Dienstag vormittag nach Tardieu den deutschen Standpunkt darlegen. Er wird gezwungen sein, zu den Ausführungen Tardiens unmittelbar Stellung zu nehmen. Man nimmt daher an, daß die Rede des Kanzlers erst nach der Rede Tardiens fertiggestellt werden wird. In Konferenzkreisen sieht man der Rede Brüning mit größter Spannung entgegen, da diese Erklärung die Haltung der deutschen Regierung auf der Abrüstungskonferenz grundsätzlichen für die weiteren Verhandlungen festlegen wird.

Bildung einer Völkerverbundarmee.

Frankreichs Abrüstungsvorschläge.

Aber den Inhalt der französischen Abrüstungsvorschläge, die dem Präsidium der Abrüstungskonferenz überreicht worden sind, werden folgende Einzelheiten bekannt: Die französische Regierung schlägt die Bildung internationaler Streitkräfte vor, zu denen jedes Land ein Kontingent stellen soll, und die dem Völkerverbund für die Durchführung seiner Beschlüsse gegen diejenigen Staaten zur Verfügung stehen sollen, die sich weigern, die Entschlüsse des Völkervertrages durchzuführen. Die großen Kriegsschiffe und Flugzeuge unterliegen dem Völkerverbund direkt. Die Flugzeuge und Kriegsschiffe mittlerer Größe unterliegen der Hoheit der einzelnen Staaten, müssen jedoch dem Völkerverbund im Falle des Sanktionsverfahrens nach Artikel 16 des Völkervertrages zur Verfügung gestellt werden. Die Tanks, schwere Artillerie, Unterseeboote, größere Kreuzer, sonstige Panzer und Minenschiffe sind gleichfalls dem Völkerverbund gegebenenfalls zur Verfügung zu stellen. Luftangriffe werden außerhalb einer bestimmten noch festzulegenden Zone untersagt. Diese Maßnahmen sind in den französischen Vorschlägen als der Ausbau der gegenwärtig bestehenden Sicherheitsgarantie aufzufassen und sollen das Sanktionsverfahren des Völkervertrates weiter stärken. Die französischen Vorschläge sehen ferner weitgehende gegenseitige Sicherheitsverpflichtungen der Staaten zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Lage vor. Die französischen Vorschläge zur Abrüstung und Sicherheitsfrage sind der erste amtliche Vorschlag, zu dem die Konferenz nach der Geschäftsordnung Stellung nehmen muß.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz.

Die Abrüstungskonferenz wählte in geheimer Abstimmung das Präsidium, das aus dem Präsidenten Henderson und 14 Vizepräsidenten besteht. Abgegeben wurden insgesamt 54 Stimmen.

Zu Vizepräsidenten wurden gewählt die Vertreter von England (53 Stimmen), Frankreich (51 Stimmen), Italien (54), Deutschland (50), der Vereinigten Staaten (52), Schweden (48), Japan (47), Spanien (43), Argentinien (39), Belgien (36), Sowjetrußland (36), Tschechoslowakei (35), Polen (33) und Österreich (32). Gegen Deutschland haben somit von 54 Staaten vier Staaten gestimmt.

Tardieu erläutert die neuen Vorschläge.

Der französische Kriegsminister Tardieu erklärte den in Genf versammelten internationalen Pressevertretern, daß die französische Regierung bereit sei, den vom Abrüstungsausschuß ausgearbeiteten Abkommensentwurf zu unterzeichnen. Die von ihr jetzt eingereichten Vorschläge gingen jedoch über diesen Entwurf weit hinaus und enthielten eine Reihe neuer Anregungen. Die französische Regierung wolle ihren guten Willen durch Taten beweisen. Sie sei nicht der Ansicht, daß man jetzt noch warten könne.

Der Vorschlag der französischen Regierung

besteht aus einer Einleitung und fünf Teilen. In der Einleitung wird erklärt, im Hinblick auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen und moralischen Spannungen und die allgemeine Beunruhigung der Völker sei eine bessere Organisation der Welt dringend notwendig geworden. Der erste Teil der Vorschläge behandelt die Zivilflugschiffe und die Bombengeschwader. In diesem Kapitel wird die Internationalisierung der Zivilflugschiffe vorgeschlagen. Den Unterzeichnerstaaten des kommenden Abrüstungsabkommens ist der Bau und die Verwendung von Flugzeugen innerhalb noch festzulegender Zonen verboten. Gleiche Regeln gelten für Luftschiffe, die im internationalen zivilen Dienst verwendet werden. Dem Völkerverbund wird ein Recht auf Beschlagnahme eingeräumt. Aber die großen Militärflugzeuge aller Staaten mit weiten Aktionsradien wird dem Völkerverbund das völlige Verfügungsrecht zugewilligt.

Die alten Soldaten fordern gleiches Recht in der Wehrfrage.

Der Kuffhäuserbund zur Abrüstungskonferenz.

Der Kuffhäuserbund hat ein Schreiben an den Reichsminister des Auswärtigen und den Reichswehrminister gerichtet, in dem nochmals auf den vom Deutschen Reichstrategie-„Kuffhäuser“ geführten Feldzug zur Internationalen Abrüstungskonferenz hingewiesen wird. Der Kuffhäuserbund mit seinen 30 000 Vereinen hat in monatelanger Aufklärungsarbeit der großen Masse unseres Volkes klar gemacht, daß Recht, Freiheit und Sicherheit unseres hartbedrängten deutschen Vaterlandes auf dem Spiele stehen. Die in den letzten Wochen von den Kuffhäuser-Vereinen und -Vereinen in allen Teilen des Reiches unter starker Beteiligung aller Schichten der Bevölkerung veranstalteten Versammlungen und Kundgebungen blühen durchweg in einer Entschlossenheit aus, in der einstimmig mit Entschiedenheit die Kriegsschuldfrage erneut zurückgewiesen und gleiches Recht in der Sicherheits- und Wehrfrage gefordert wurde. Nach gewissenhafter Prüfung der unter genannter Aufgabe der Teilnehmerzahl eingegangenen Entschlüsse wurden diese von weit über zwölf Millionen deutscher Männer und Frauen anerkannt. Hiermit ist den deutschen Vertretern bei der Abrüstungskonferenz ein Material übergeben, das die Stimmung der alten Soldaten und der Bevölkerung unabweisbar widerspiegelt.

gestärkten Meldungen über die vorhergegangenen Beratungen des englischen Kabinetts bereits mit solchen Maßnahmen rechnete. Enttäuscht hat in Berlin jedoch die Tatsache, daß die vor einiger Zeit vom englischen Kabinet verfügte Notverordnung zur Beschränkung der anormalen Einfuhren nicht gleichzeitig aufgehoben werden soll. Bekanntlich haben die Engländer diese Maßnahmen als von vorübergehendem Charakter bezeichnet. Die Reichsregierung hat, wie verlautet, nicht die Absicht, zu den Mitteilungen des englischen Schatzkanzlers Stellung zu nehmen, da es sich vorläufig lediglich um Ankündigungen handelt. Erst nach Annahme der Vorlage durch das englische Parlament — woran nicht zu zweifeln ist — wird die Reichsregierung über geeignete Maßnahmen beraten. Es entspricht selbstverständlich nicht den Tatsachen, daß bereits irgendwelche deutschen Gegenmaßnahmen beschlossen worden sind. Insbesondere ist die auch in einem Teile der englischen Presse verbreitete Auffassung irrig, daß die Einstellung der englischen Kolonien einfluß als deutsche Gegenmaßnahme anzusehen sei. Es ist zwar richtig, daß die Einfuhrkontingente neu festgelegt worden sind und zwar um durchschnittlich 30 Prozent niedriger. Diese Maßnahme entspricht jedoch durchaus dem Ausgang des deutschen Vertrages. In Berliner politischen

muß, denn nun eigentlich an ungeheurem Willkürvermögen auf dem Spiele steht. Drinnen und draußen. Dabei in Genf, wo auch ein vernebelter Krieg tobt. Demgegenüber wird fast klein, was uns innenpolitisch beschäftigt. Auch hier kann man von einem — vorläufig — „vernebelten Krieg“ sprechen: dem Geplänkel um die Präsidentenwahl. Bald allerdings wird hier dieser künstliche Nebel sinken müssen, und wenn auch der Dichter Brentano mal gesagt hat: „Der Teufel ist neutral“, so sollte doch gerade in dem sehr viel notwendigeren, ja allein wichtigen Hinblick auf den Krieg dort draußen jetzt beim Ringen um die Person des künftigen deutschen Reichspräsidenten dabei sich einmal ein Wort Bismarcks nicht wieder, wie bisher immer, bewahrheiten: „Wir haben die traurige Erfahrung gemacht, daß die Parteieidenchaft höher steht als das Interesse für irgendeine nationale Einrichtung!“

Deutschland zu Englands Zollpolitik.

Vorläufig keine deutschen Gegenmaßnahmen. Die Mitteilungen des englischen Schatzkanzlers über die neue englische Schutzollvorlage haben in Berlin keineswegs überrascht, da man auf Grund der durch-

Dr. Br.